

Politische Perspektiven der „Stamokap“-Theorie

Wolfgang Rudzio, geb. 1935 in Insterburg/Ostpr., studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Mathematik, promovierte 1967 in Frankfurt a. M. zum Dr. phil. und ist als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Oldenburg tätig.

Die Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, wie sie sich gegenwärtig in mehreren umfangreichen (sowie zahllosen kürzeren) Publikationen darstellt¹, ist nicht nur offizielle ökonomische Analyse gegenwärtiger westlicher Gesellschaften seitens der kommunistischen Parteien, sondern auch Staatstheorie und politische Strategie. Die Entwicklung einer neuen Theorie war seit Ende der 50er Jahre offensichtlich notwendig geworden, um das nicht erwartete Überleben des Kapitalismus zu erklären und erfolglos gebliebene revolutionäre Strategien abzulösen.

Die damit gegebene große praktisch-politische Bedeutung der Theorie hat sich noch dadurch erhöht, daß sie seit Beginn der 70er Jahre eine erhebliche Anhängerschaft innerhalb der Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend gefunden hat. Man kann hier geradezu von einem „Theorie-Import“² sprechen, vermittelt über DKP-nahe universitäre Gruppen wie MSB Spartakus und SHB sowie die SDAJ, erklärbar aus Bedürfnissen nach einem „wissenschaftlichen“ und zugleich handlungsanleitenden gesellschaftlichen Weltbild. Bevor auf die politischen Perspektiven der „Stamokap“-Theorie näher eingegangen wird, seien zunächst ihre Grundzüge vorgestellt.

Die zentralen Thesen der Stamokap-Theorie

Die Theorie sieht Wandlungen des Kapitalismus vom ursprünglichen „Konkurrenzkapitalismus“ über ein „monopolistisches“ Stadium hin zur Phase des „staats-

1 Vgl. insbesondere: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hg.), *Der Imperialismus der BRD*, 2. A. Frankfurt a. M. 1972 (zitiert im folgenden: *Imperialismus BRD*); dasselbe (Hg.), *Imperialismus heute*, Berlin (O) 1965; Paul Boccara u. a., *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 1973; S. L. Wygodski, *Der gegenwärtige Kapitalismus*, Köln 1972.

2 Vgl. Horst Heimann, *Theoriediskussion in der SPD*, Frankfurt a. M./Köln 1975, S. 224ff.

monopolistischen Kapitalismus"; dieser habe sich seit dem 1. Weltkrieg zunehmend deutlicher herausgebildet. Als seine zentralen Merkmale gelten:

- Eine *dominierende Rolle der „Monopole“* im wirtschaftlichen Prozeß: Trotz weiter bestehender Konkurrenz sei „das Monopol zum bestimmenden Element der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geworden“³. Man verweist hier auf die Konzentrationsbewegung, auf die Ausbreitung marktbestimmender Großkonzerne, die multinationalen Konzerne und die Abhängigkeit kleinerer Zulieferer- bzw. Abnehmerbetriebe von diesen. Die auch außerhalb der marxistischen Diskussion gesehenen Erscheinungen der marktbeherrschenden Oligopole, der Vermachtung ökonomischer Beziehungen, der Verflechtung mit den Banken (besonders in der Bundesrepublik Deutschland) u. a. m. sind hier vielfach nur umformuliert und als Strukturmerkmal der Epoche herausgestellt.
- Eine umfassende, *integrierte ökonomische Rolle des Staates*: Der Staat ist, wie beispielsweise die SED-offizielle Stamokap-Darstellung formuliert, „zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses und damit zu einer im unmittelbaren Sinne ökonomischen Potenz geworden“. Statt noch von staatlicher Intervention in eine prinzipiell abgehobene Sphäre des Wirtschaftlichen zu sprechen, betrachtet man den Staat nun als „organisches Element der ökonomischen Prozesse“ selbst⁴. Die Theorie sucht damit zahlreiche Erscheinungen zu erfassen: so die staatliche Regulierung wirtschaftlicher Prozesse im Zeichen Keynescher Globalsteuerung und gezielter Strukturpolitik; die gestiegene Bedeutung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur; unmittelbare und mittelbare Subventionierungen, insbesondere von Investitionen; staatliche Einkommens- und Verteilungspolitik; die Rolle des Staates als Käufer, besonders von Rüstungsgütern.
- Eine „*Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates*“, die der „Verbreitung und Vertiefung des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses“ diene⁵. In dieser Sicht übt also der Staat seine umfassende wirtschaftliche Rolle nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern stets in dem der Monopole aus; personelle Verflechtungen und grundsätzliche Interessenidentität gelten als Ursachen dieser konvergenten Handlungsorientierung von Staat und Monopolen. Tatsächliche Zustände an andere Interessen hingegen würden nur notgedrungen insoweit gemacht, als dies im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung notwendig erscheint.

Bemerkenswert ist, daß die jungsozialistischen Verfechter der Stamokap-Theorie nicht nur den beiden erstgenannten Thesen folgen, sondern ebenfalls den Staat

3 So die Formulierung bei Robert Katzenstein, Zur Monopolproblematik, in: Sozialistische Politik, Mai 1974, S. 93 ff., hier S. 100. Ganz entsprechend das führende einschlägige jungsozialistische Papier: Hamburger Strategiepapier der Jungsozialisten von 1971, in: Freimut Duve (Hg.), Der Thesenstreit um „Stamokap“, Reinbek 1973, S. 48ff., hier

S. 63. (Im folgenden zitiert als: Hamburger Strategiepapier.)

4 Imperialismus BRD, S. 95/96.

5 Imperialismus BRD, S. 100.

der Bundesrepublik als „Instrument der Monopolbourgeoisie“ bezeichnen und eine zumindest seit Mitte der 60er Jahre bestehende „*weitgehende* Verflechtung der ökonomischen Macht der Monopole mit der *im wesentlichen* von ihnen bestimmten Macht der Staatsorgane“ behaupten⁶. Einschränkungen nach Art der hier (nicht bei den Autoren selbst) herausgehobenen Adjektive sind nur mit der Lupe erkennbar und nicht weiter ausgeführt, so daß sie eher wie verbale Rückversicherungen gegenüber ihrer Partei wirken. Auf Konsequenzen dieser These vom monopolorientierten Staat für das Verhältnis zur Demokratie wird noch einzugehen sein.

- Die Stamokap-Theorie behauptet schließlich einen „*Antagonismus zwischen Monopolbourgeoisie und Volk*“, welcher den heute ausschlaggebenden gesellschaftlichen Interessenkonflikt bezeichne⁷. Von dieser These leitet sich dann die antimonopolistische Strategie eines stufenweisen Übergangs zum Sozialismus ab: Unter Führung der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei (bei den Jungsozialisten: der konsequent sozialistischen Parteien) müsse ein breites Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte zunächst die „antimonopolistische Demokratie“ erkämpfen, innerhalb deren die Macht der Monopole gebrochen, jedoch nicht bereits die kapitalistische Ordnung als solche verschwunden sei; erst später könne dem „der Sozialismus“ selbst folgen⁸. Daneben tritt hier, vor allem in jungsozialistischen Versionen, die Formel von der „sozialistischen Demokratie“ als Ziel auf. Ergebnis der Analyse ist eine politische Strategie, die im ersten Schritt die Arbeiterklasse und Mittelschichten wie vor allem Bauern bis hin zur „nichtmonopolistischen Bourgeoisie“ (jungsozialistische Stamokap-Vertreter ziehen den Kreis der Bündnispartner etwas enger) gegen die Monopole sammeln will und den Griff nach der politischen Macht ermöglichen soll.

Soweit die Kernpunkte der Theorie. Die beiden erstgenannten Thesen, wenn gleich vage und überspitzt formuliert, mögen gewisse Plausibilität für sich beanspruchen; ob dabei der Trapezakt gelingt, zugleich wissenschaftlich-empirischen Ansprüchen zu genügen und die weitere Geltung marxistischer ökonomischer „Gesetze“ nachzuweisen, ist allerdings zu bezweifeln⁹. Im übrigen aber: die hauptsächliche politische Brisanz enthalten die beiden letztgenannten, hier zu erörternden Thesen.

Der demokratische Staat — Stabilisator des Monopolprofits?

Gerade die von der Stamokap-Theorie herausgestellte Integration des Staates in den ökonomischen Prozeß - verkörpert in Steuerungsmaßnahmen, öffentlichem Wirtschaftssektor und Infrastrukturbereich, staatlicher Umverteilung u. a. – könnte

6 Hamburger Strategiepapier, S. 52 u. 57; Jungsozialisten/Bez. Ostwestfalen-Lippe, Herforder Thesen, Berlin 1978, S. 9. und 18. (Im folgenden zitiert als: Herforder Thesen.)

7 Imperialismus BRD, S. 334ff.; ähnlich Hamburger Strategiepapier, S. 56.

8 Imperialismus BRD, S. 544 ff.

9 Vgl. hierzu vom Verf., Zwischen marxistischer Politökonomie und Erfahrung - Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Michael Hereth (Hg.), Grundprobleme der Politischen Ökonomie, München 1977, S. 112ff. An diesen Beitrag lehnen.

als Merkmal eines gemischten, nicht mehr nur kapitalistisch geprägten Gesellschaftssystems verstanden werden - liegt es doch nahe, vom demokratischen Staat nicht profit-, sondern wählerorientiertes Verhalten zu erwarten. Wenn die Stamokap-Theorie im Gegenteil hier vielmehr eine Zuspitzung kapitalistischer Ausbeutung, Widersprüche und Konflikte erblickt, so infolge ihrer Einschätzung des Staates als Stabilisator der Monopole mit der doppelten Aufgabe, sowohl die Monopolprofite zu steigern als auch die kapitalistische Ordnung insgesamt zu erhalten¹⁰. Ausdehnung staatlicher Funktionen bedeutet in dieser Sicht also eine Stärkung der kapitalistischen Züge der Gesellschaft und nicht das Gegenteil.

Diese These vom monopolorientierten Staat wird auf zwei Wegen zu begründen versucht. Zunächst ist da der Hinweis auf personelle Verflechtungen zwischen Staat und Großwirtschaft sowie bestimmenden lobbyistischen Einfluß der Monopole. Die scheinbar harten Daten jedoch, Fälle wie: Stinnes, Stresemann und Cuno in der Weimarer Republik, Mommsen, Stoltenberg und Leussink in der Bundesrepublik, welche die Verflechtungsthese begründen sollen¹¹, belegen diese nicht; herausgefischte Beispiele können nur illustrieren. Woran es der Stamokap-Theorie mangelt, sind systematische Untersuchungen über Ausmaß und Gewicht solcher Verflechtungen. Tatsächlich deuten empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik im Gegenteil darauf hin, daß Verflechtungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen die Ausnahme und nicht die Regel darstellen¹².

Die Hinweise auf lobbyistische Einflußmethoden und -möglichkeiten, vor allem des Bundesverbandes der Deutschen Industrie¹³, können jedenfalls nicht verabsolutiert werden, denn sie werden nicht in Vergleich mit denen anderer Interessengruppen gesetzt und keiner Erfolgskontrolle unterworfen; ohne weiteres lassen sich staatliche Entscheidungen aufzählen, welche gegen den Widerstand von BDI und anderen Unternehmensverbänden gefällt wurden. Dies besagt sicherlich nicht, Unternehmensverbände seien nicht sehr einflußreich, wohl aber, daß ihr stets *dominierender* Einfluß in Stamokap-Veröffentlichungen nicht belegt worden ist.

Der zweite Weg, über den man die These vom Staat der Monopole zu begründen sucht, besteht im Hinweis auf zahlreiche Fälle, bei welchen staatliches Handeln zugunsten der Monopole ausgeschlagen sei. Genannt werden u. a. Investitionshilfen, Förderung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die Exportförderung, die Strukturpolitik, das Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967, die Steuerpolitik, die konzertierte Aktion, öffentliche Infrastruktureinrichtungen, ja selbst öffentliche

10 Imperialismus BRD, insbes. S. 100, 179, 239; Boccara, S. 69.

11 Imperialismus BRD, S. 27, 153, 239.

12 Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, 2. A. München 1966; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1971, S. 233 ff.

13 Imperialismus BRD, S. 194; Josef Schleifstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Ders. u. a., Beiträge zur „Stamokap“-Debatte, Köln 1973, S. 5ff., hier S. 14; Walter Simon, Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1975/2, S. 138ff.

Unternehmen, denen eine Hilfestellung zur Stabilisierung privater Monopolprofite zugeschrieben wird. Abgesehen von Unstimmigkeiten im einzelnen erheben sich gegen diese Sicht jedoch drei Einwände allgemeiner Art:

- Die Stamokap-Theorie arbeitet mit einer nur teilweise beleuchteten Bühne. Sie richtet ihr Scheinwerferlicht nur auf bestimmte Handlungsfelder des Staates, blendet andere — wie Wohnungsbau, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen — hingegen weitgehend aus, obwohl auch deren Kenntnis für eine Beurteilung des Staates wichtig sein müßte. Im konkreten Fall der Steuervergünstigungen und Subventionen richtet die Stamokap-Theorie den Blick auf die, welche Großunternehmen zugute kommen, und läßt dabei fast übersehen, wieviel an derartiger Unterstützung kleineren Betrieben, nicht zuletzt der - in Stamokap-Augen benachteiligten - Landwirtschaft und breiten Schichten der Bevölkerung zukommt. So bewegten sich nach dem 6. Subventionsbericht der Bundesregierung Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die gewerbliche Wirtschaft (mittlere und kleinere Betriebe eingeschlossen) während der Jahre 1975-78 in einer Größenordnung von 9,4-10,6 Mrd. DM jährlich, für die Landwirtschaft (trotz deren sehr viel kleinerem Anteil an Sozialprodukt und Beschäftigten) zwischen 4,3⁴,8 Mrd., während zur Wohnungs- und Sparförderung 13—17 Mrd. DM jährlich ausgegeben wurden¹⁴.

- Die Stamokap-Theorie legt die unzutreffende Annahme zugrunde, daß stets das, was den „Monopolen“ nütze, damit notwendigerweise den abhängig Beschäftigten schade. Wie selbstverständlich werden ständig „gesellschaftliche Interessen“ und „Verwertungsbedingungen des Kapitals“ voneinander getrennt bzw. antagonistisch gegenübergestellt, wird behauptet, der Staat erfülle ökonomische Funktionen „nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern im Interesse des Profits und der Macht der Monopole. Darin liegt der Kern der Sache“¹⁵. Nicht in den Blick kommen auf diese Weise *auch* vorhandene Konvergenzen. Bei der Betrachtung all jener staatlichen Maßnahmen bleibt nämlich die Frage ausgeklammert, wie weit an ihnen nicht auch abhängig Beschäftigte positiv mit interessiert sein könnten. Besteht doch die strategische Stellung von Kapitaleigentümern gerade darin, daß ihre Gewinninteressen häufig kaum getroffen werden können, ohne zugleich allgemeine gesellschaftliche Interessen mit zu treffen. Außer acht bleiben insbesondere solche Interessen von Kapital und Arbeit, wie sie z. B. bei sektoralen und regionalen Strukturproblemen, bei branchenspezifischen Preissteigerungen und Subventionen zu beobachten sind. Es reicht beispielsweise nicht hin, bei der Lösung der Krise des Ruhrkohlenbergbaus Ende der 60er Jahre nur staatliche Systemsicherung am Werke zu sehen, ohne Interessen der Bergleute, repräsentiert durch die IG Bergbau, an öffentlichen Übernahmen von Verlusten (in dieser oder jener Form) auch nur zu erwähnen¹⁶.

14 Imperialismus BRD, S. 384; Hamburger Strategiepapier, S. 62/63; Deutscher Bundestag, Drucksache 8/1195, S. 16 ff.

15 Z. B. Imperialismus BRD, S. 217; Schleifstein, S. 13; Boccara, S. 526.

16 Vgl. Hamburger Strategiepapier, S. 62.

- Die Theorie wird mit widersprechenden Beispielen nur fertig, indem sie sich grundsätzlich gegen nicht mit dem Konzept zu vereinbarende empirische Erfahrungen immunisiert. Angesichts der Tatsache, daß der Staat in bestimmten Fällen auch gegen den erklärten Willen der Großkonzerne und des BDI entscheidet, etwa im Falle Mitbestimmung (so ungenügend diese aus gewerkschaftlicher Sicht auch sein mag), Lohnfortzahlung, DM-Aufwertungen von 1961 und 1969, daß er zahlreiche sozialpolitische und andere Maßnahmen zugunsten der abhängig Beschäftigten ergreift, hat die Stamokap-Theorie nur die Erklärung zur Hand: Dies geschehe nur unter Druck von Arbeiterklasse und Systemkonkurrenz, um der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung willen: „Reformen, Zugeständnisse usw.“ werden als bloße Herrschaftstechnik betrachtet, als „Korrelat zur Methode der Gewalt“¹⁷. Sosehr auch die Feststellung zutrifft, daß zur Durchsetzung sozialer Gesetze politischer Druck erforderlich ist und insbesondere von den Gewerkschaften auch ausgeübt worden ist, so empirisch inhaltsleer wird doch bei dieser Herrschaftstechnik-Interpretation die These vom monopolorientierten Staat. Denn in dieser Sicht gilt, wie kritisch vermerkt worden ist: „Was immer staatliche Organe tun, tun sie im objektiven Interesse der Monopolkapitalisten, selbst wenn diese ihre Interessen anders definieren“¹⁸. Oder anders formuliert: Wenn alles, was der Staat zugunsten der Monopole tut, seinem „Wesen“ entsprechen, hingegen alles, was er im Interesse der abhängig Beschäftigten tut, nur auf äußeren Druck zurückführbar sein soll, erweist sich die These vom monopolorientierten Staat auch logisch als willkürlich. Auf der Grundlage der gleichen Fakten nämlich ließe sich auch umgekehrt behaupten, der Staat sei seinem Wesen nach ein Instrument der abhängig Beschäftigten und folge diesem Triebe, soweit ihn nicht der Druck des Monopolkapitals zu Zugeständnissen diesem gegenüber zwingt. Was bleibt, ist somit eine beliebig umkehrbare Leerformel.

Die Immunisierungs-Methode leistet jedoch noch mehr: Was immer die Arbeiterbewegung an Reformen erreicht, an Erfolgen in der Vergangenheit (von denen das DGB-Grundsatzprogramm spricht) erzielt hat — diese können als im letztendlichen Interesse der Monopole erfolgend abqualifiziert werden¹⁹. Eine dementsprechende Abwertung von Reformen findet sich bei Stamokap-Vertretern unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit:

- Sie sprechen verächtlich von dem bloß „vermeintlichen Mitbestimmungsgesetz“;
- in ihren Augen dienen pauschal die Bildungsreformen dazu, „Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital zu sichern“;
- nach ihrer Auffassung dient die Qualifikation von Arbeitskräften mit Hilfe des Arbeitsförderungsgesetzes einfach der „Unterstützung der Monopolprofite“²⁰.

17 Imperialismus BRD, S. 207, 77.

18 Lothar Kramm, Stamokap — eine kritische Abgrenzung, Bonn 1974, S. 30.

19 Hierauf weist auch hin: Hans Kremendahl, Ansätze einer sozialistischen Staatstheorie, in: Ders./Thomas Meyer (Hg.), Sozialismus und Staat, Bd. 2, Kronberg 1974, S. 263 ff., hier S. 264.

20 Herforder Thesen, S. 7; Hamburger Strategiepapier, S. 62.

Wenn auch in solchen Maßnahmen auch Möglichkeiten der Manipulation gegeben sind, so darf doch auch das emanzipatorische Potential nicht ausgeblendet werden. Nicht zuletzt die konkrete Anwendung dieser Regelungen wird darüber entscheiden, in welcher Richtung sie tatsächlich wirksam werden.

Bürgerliche oder sozialistische Demokratie - eine zutreffende Alternative?

Der Stamokap-Theorie erscheinen sämtliche derzeit im Bundestag vertretene politische Parteien als monopolorientiert. Nicht zuletzt gilt dies von der SPD, die im Godesberger Programm „die Positionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch programmatisch fixiert“ habe und deren Reformpolitik das Ziel verfolge, die Macht der Monopole zu stabilisieren²¹. Nur wenig gedämpfter hier die jungsozialistischen Stamokap-Verfechter: sie bescheinigen der SPD-Politik, zumindest „zwangsläufig“ und „objektiv“ die Herrschaft der Monopole zu stabilisieren, um ihre eigene Aufgabe dahingehend zu umreißen, die SPD „wieder auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu orientieren“²².

Abgesehen davon, daß diese Meinung begründet nur erscheint, wenn man „objektiven“ Interessen jenseits des Bewußtseins der Betroffenen realen Charakter zuspricht und im letzten Abschnitt skizzierten Interpretationskünsten folgt, ist eines jedoch bemerkenswert: daß die Stamokap-Theorie nicht bestimmte Parteien, sondern „den Staat“ als monopolorientiert bezeichnet. Was in einer Demokratie selbstverständlich sein müßte, nämlich zwischen zeitweiliger Politik und Regierung bestimmter Parteien sowie dem demokratischen Staat zu unterscheiden, wird in dieser Sprechweise vermieden.

Dies entspricht der für die Theorie charakteristischen ständigen Verwendung der Begriffe „Staat“ und „staatsmonopolistisches System“. Diese pauschal-abstrakten Symbole verdecken allzuleicht, daß nicht der „Staat“, sondern eine Vielfalt von Personen, Parteien, Gruppen und Organen handelt; suggestiv wird der Vorstellung Vorschub geleistet, den Staat als monolithisch zu verstehen und damit seine parlamentarisch-demokratische Grundsubstanz zu verkennen²³. Auf der so angelegten schiefen Ebene der Begriffe gerät dann fast notwendigerweise mit dem Staat auch die bestehende Demokratie auf die Anklagebank der Theorie. Sie wird als bloß „bürgerliche Demokratie“ abgewertet, welche zudem einem zunehmenden Abbau unterliege²⁴.

Anstelle dessen soll etwas anderes treten: Demokratie oder sozialistische Demokratie. Um den Sinn der dahinterstehenden Zielsetzung zu erfassen, ist es zunächst notwendig, einen kurzen Blick auf das marxistisch-leninistische Demokratieverständnis zu werfen. Demokratie wird darin im Sinne des Kommunistischen Mani-

21 Imperialismus BRD, S. 85, 619.

22 So u. a. Hamburger Strategiepapier, S. 75 ff.

23 Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß hier Elemente eines Staatsbegriffs des 19. Jahrhunderts mitgeschleppt werden, der auf den obrigkeitlichen Staat zugeschnitten ist. Kramm, S. 40 ff.

24 Imperialismus BRD, S. 228, 239, 563; Boccara, S. 579.

fest als „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ verstanden²⁵. Zu beachten ist dabei, daß der Begriff allein auf den Klasseninhalt abstellt und daher - wie bereits Lenin deutlich gemacht hat - diktatorische Formen mit Demokratie in diesem Sinne durchaus vereinbar sind²⁶. Hinzu kommt der Alleinvertretungsanspruch kommunistischer Parteien, für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu handeln, mit der Folge, daß Demokratie mit der Herrschaft der kommunistischen Partei gleichgesetzt werden kann.

In einer zweiten, etwas variierenden Sprechweise betont man, daß es „keine Demokratie an sich gibt“, und unterscheidet zwischen „bürgerlicher Demokratie“ als „einer Demokratie für Ausbeuter, einer den Interessen des Volkes fremden Demokratie“²⁷ einerseits und „sozialistischer Demokratie“ andererseits: „Die sozialistische Demokratie ist keine maß- und ziellose Demokratie, sondern eine Demokratie, die von der Partei und vom Staat im Interesse der weiteren Entwicklung des Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus geleitet wird“²⁸.

Die Frage stellt sich: Wieweit teilen Vertreter der Stamokap-Theorie außerhalb der DKP diese Vorstellungen? Das führende Papier dieser Herkunft sieht die erstrebte „sozialistische Demokratie“ konstituiert durch „das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausübung der Staatsmacht durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen“²⁹. Die Brisanz dieser Definition mag nicht jedem Anhänger „sozialistischer Demokratie“ bewußt sein, wird jedoch sichtbar angesichts naheliegender Fragen:

- Warum wird nicht einfach eine sozialistische Mehrheitsregierung gefordert, die Sozialisierungen durchführt, sondern eine andere Demokratie?
- Hat in der „sozialistischen Demokratie“ die Bevölkerungsmehrheit die Möglichkeit, über die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln zu entscheiden?
- Wie entscheidet die „arbeitende Bevölkerung“, welches „ihre Organisationen“ sind?

Zu derartigen Fragen besteht um so mehr Anlaß, als Gruppen mit diesem Konzept sozialistischer Demokratie in ihr teils „keine Demokratie für. . . die reaktionären Verbände, Parteien und Vereinigungen“ zugestehen, teils Minderheitenschutz nur „im Rahmen sozialistischer Legalität“ sowie nur ein „Streikrecht der Arbeiterklasse“ (offenbar nicht für einzelne oder Teilgruppen) gewähren wollen³⁰. Auch das

25 Vgl. Marx/Engels-Werke (MEW) Bd. 4, S. 481.

26 W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Kremendahl/Meyer, Bd. 1, S. 186.

27 Leonid I. Breschnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, Auszüge in: Sonderdruck der Sozialistischen Briefe, XXIV. Parteitag der KPdSU, März/April 1971, S. 3 ff., hier S. 39/40.

28 Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Berlin (O) 1960, zit. nach: Wolfgang Leonhard, Sowjetideologie heute II, Frankfurt a. M. 1962, S. 211.

29 Hamburger Strategiepapier, S. 71.

30 SHB-Bundesvorstand, STAMOKAP, ein schlimmes Wort, in: SHB-intern, Bonn 1973, S. 9; Freudenberger Papier (1975) von SHB- und Juso-Hochschulgruppenmitgliedern, zit. nach: Hans Kremendahl, Demokratischer Sozialismus versus sozialistische Demokratie, in: Hannelore Hörn u. a. (Hg.), Sozialismus in Theorie und Praxis, Berlin/New York 1978, S. 599ff., hier S. 618.

vorherrschende Begriffspaar: „sozialistische Länder" einerseits, „kapitalistische" Staaten andererseits, weist in die gleiche Richtung.

Alles in allem ist so das Demokratieverständnis, das die Stamokap-Theorie durchzieht, mit dem einer offenen Demokratie in dem Sinne, daß in ihr

- das politische System gesellschaftlich mächtigen Interessen entgegenwirken könnte und
- auch Grundentscheidungen über das gesellschaftliche System zur politischen Entscheidung stehen,

schwerlich vereinbar. Nicht nur die Existenz einer derartigen Demokratie wird gelehrt (die These vom monopolorientierten Staat dient hier als Begründung), sondern darüber hinaus scheint auch die Möglichkeit offener Demokratie ausgeschlossen und diese nicht erstrebenswert³¹.

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Zielvorgabe schließt dies Partizipationsräume mit offenen Entscheidungsprozessen sicherlich nicht aus. Manche für sich genommen begrüßenswerte Forderung nach Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, wie sie teilweise in Stamokap-Publikationen erhoben wird, ist vor diesem Hintergrund einzuordnen; manche auch scheint lediglich der Schaffung günstiger Kampfbedingungen für die schließliche Auseinandersetzung mit dem „staatsmonopolistischen System" zu dienen³².

Die neue Klassenfront: Volk kontra Monopolbourgeoisie

Zu betrachten bleibt die Klassenanalyse der Stamokap-Theorie als einer weiteren Grundlage ihres Strategiekonzepts. Sie unterscheidet für die Bundesrepublik etwa 20,8 Mill. Angehörige der „Arbeiterklasse" (fast alle abhängig Beschäftigten), 4,4 Mill. Angehörige der Mittelschichten (Selbständige, freie Berufe, Mithelfende) und 600 000 der „Bourgeoisie" (Unternehmer, Manager, bürgerliche Schicht der Angestellten und Beamten u. a.), unter diesen wiederum weniger als 6000 Angehörige der „staatsmonopolistischen Oligarchie". Bei dieser Gesellschaftsanalyse bestehen zwischen verschiedenen Stamokap-Versionen im einzelnen jedoch Unterschiede³³.

Gemeinsam sind Gesellschaftsanalysen des Stamokap-Lagers drei politisch folgenreiche Charakteristika: ein dichotomisches Gesellschaftsbild, ein „objektiver" Ansatz und eine Einbeziehung von Machtkategorien in die Analyse. Zunächst zur Dichotomie. Während nach Marx die entscheidende gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse verlief, fällt auf, daß die Stamokap-Studien nicht allein diesen Gegensatz, sondern auch und mehr noch einen „Antagonis-

31 Ähnlich auch: Kremendahl, *Demokrat. Sozialismus*, und Hans Koschm'ck u. a., *Zur Klärung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Stamokap-Richtung*, Bonn o. J., S. 9.

32 Vgl. etwa *Hamburger Strategiepapier*, S. 67 ff.

33 *Imperialismus BRD*, S. 337; *Hamburger Strategiepapier*, S. 54ff.

mus zwischen Monopolbourgeoisie und Volk" sehen. Diese — angesichts der starken Herausstellung der „Monopole" - kaum noch überraschende Scheidelinie beruht auf der fragwürdigen These, auch die nichtmonopolistische Bourgeoisie unterläge der Ausbeutung durch die Monopole³⁴.

Zum zweiten bilden die Stamokap-Analysen Klassen und Schichten nach Positionen im Arbeitsprozeß. So unbestreitbar derartige Abgrenzungen nach der Stellung im Erwerbsleben vorgenommen werden können — die Frage ist dabei stets, ob sich in Bewußtsein und Handeln der Menschen die behaupteten Scheidelinien jeweils durchsetzen. Im gegebenen Falle spitzt sich dies auf die Frage zu, ob und wie der angeblich entscheidende Gegensatz zwischen „Monopolbourgeoisie" und anti-monopolistischen Interessen vorherrschend wird. Trotz aller teilweise beachtlicher Differenzierung drohen derartige Analysen daher im Glasperlenspiel äußerer, „objektiver" Zuordnungen zu verbleiben, ohne durch Einbeziehung des subjektiven Faktors bestätigt zu werden. Dieses Problem wird zwar von Vertretern der Stamokap-Theorie gesehen, doch nicht in Angriff genommen³⁵. Ihre Klassenanalyse kann somit wohl als legitime Annahme gelten, welche politischem Handeln zugrunde gelegt wird und möglicherweise dadurch an Realität gewinnen mag; um eine durch Verhalten im Arbeitsbereich, Wahlverhalten und Ergebnisse der Meinungsforschung bestätigte Analyse handelt es sich jedoch nicht.

Ein gegenüber der Marxschen Klassentheorie auffallender Grundzug der Stamokap-Analysen ist schließlich, daß sie ihre Einteilungsmaßstäbe nicht allein aus der Stellung im Produktionsprozeß und der Art des Einkommens beziehen, wie die Kategorienbildungen jedenfalls im oberen Teil der Gesellschaftspyramide erkennen lassen:

- Die beachtlich ausdifferenzierte Studie des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen untergliedert systematisch die verschiedenen Schichten des Bürgertums in jeweils drei Teilgruppen: Eigentümerkapitalisten, Manager und entsprechende Gruppen im „Staatsapparat" mit dem bemerkenswerten Ergebnis, daß 4000 Angehörige des Staatsapparats zur „Groß- und Monopolbourgeoisie", weitere 30 000 zur „mittleren Bourgeoisie" gerechnet werden, während die Eigentümerkapitalisten nur 4% der Groß- und Monopolbourgeoisie und wenig mehr als 10% der mittleren Bourgeoisie ausmachen sollen.
- Ähnlich die Zusammensetzung der Creme de la creme der staatsmonopolistischen Gesellschaft, der „staatsmonopolistischen Oligarchie": Zu ihr zählen nicht nur „Beherrscher der großen Industrie- und Handelskonzerne", „Bankherren", sondern auch „die Beherrscher der monopolisierten Massenmedien", „einige entscheidende

³⁴ Imperialismus BRD, S. 334ff.; ähnlich, aber zurückhaltender formuliert, hier Hamburger Strategiepapier, S. 54ff.

³⁵ Vgl. Boccara, S. 161, und Autorenkollektiv des IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, II, Frankfurt a. M. 1974, S. 378.

Vertreter politischer Macht" und „wichtige Vertreter der Führungsschicht des politischen Herrschaftssystems (Staatsapparat, Bundeswehrgeneralität, Parteien)"³⁶.

Unverkennbar legt diese Gesellschaftsgliederung zusätzlich zur Position im ökonomischen Prozeß als weiteres Kriterium das der Entscheidungsgewalt zugrunde, *gleichgültig* worauf diese beruht. Zumindest für den bourgeois erklärten Teil der Gesellschaft nähert sich diese Gliederung damit elitetheoretischen Betrachtungsweisen bzw. der Theorie von Herrschaftsklassen. Folgerichtig durchziehen nicht-ökonomische Begriffe wie Oligarchie, Herrschaftssystem, Macht, Machtkern usw. die Analyse. Angesichts der umfassenden ökonomischen Funktionen des politischen Systems erscheint dies durchaus auch naheliegend; ferner wird dadurch gesellschaftliche, nicht auf Eigentum begründete Macht ins Gesichtsfeld gerückt.

Die erreichte Realitätsannäherung bleibt jedoch begrenzt. Denn die Stamokap-Theorie folgt der These C. Wright Mills' von der *einen* Macht-Elite, eben der „staatsmonopolistischen Oligarchie", und nicht zufällig auf Mills beruft sich daher ein sowjetischer Autor wie Semjenow bei der Definition der herrschenden Klassen der Gegenwart³⁷. Diese These aber ist für die Bundesrepublik nicht überzeugend, besteht doch im Gegenteil zumindest nach den bisher vorliegenden Untersuchungen gerade zwischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führungsgruppen ein bemerkenswerter gesellschaftlicher Abstand, der sich in fehlenden Gemeinsamkeiten der Herkunft, des Bildungsweges und des gesellschaftlichen Verkehrs zeigt³⁸. Im Zeitraum, der seit diesen Untersuchungen verstrichen ist, dürften sich die Unterschiede infolge sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und zunehmender Professionalisierung der Politik eher verstärkt als gemindert haben. Zudem sind angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen keine konvergenten Handlungsziele bei den hier interessierenden Fragen ableitbar: Weshalb eigentlich sollte ein Ministerialrat, ein höherer Offizier oder ein führender Politiker an der Steigerung von Monopolprofiten oder auch der Erhaltung des „Monopolkapitalismus" so brennend interessiert sein? Die Stamokap-Theorie bleibt den Nachweis für die *eine* geschlossene und gleichgerichtete Führungsgruppe schuldig; ihre „staatsmonopolistische Oligarchie" scheint eher ein Phantom.

Die antimonopolistische Strategie — demokratischer Weg zum „Sozialismus"?

Aufgrund der Erkenntnis der „objektiven" Situation beansprucht die Stamokap-Theorie zu wissen, was not tut und den Arbeitnehmern guttut - unter Umständen besser als diese selbst. Das Anwachsen der abhängig Beschäftigten, die ökonomischen Funktionen des Staates sowie aktuelle Krisen aller Art gelten als Beweis der „historischen Überreife" des Sozialismus und eines „objektiven Interesses" der Ar-

36 Autorenkollektiv des IMSF, S. 373 ff.; Imperialismus BRD, S. 177/78.

37 W. S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen, Köln 1973, S. 335.

38 Wie Anm. 12.

beitnehmer an ihm³⁹. Daß ihr Bewußtsein dem nicht entspricht, wird aus ökonomischen Zugeständnissen des arglistigen Staates und der „systematischen Verbreitung eines falschen Bewußtseins“ erklärt⁴⁰. Doch wie damit fertig werden? Auf das Nächstliegende, eine massive Aufklärung, baut man nicht - verständlicherweise, da bisher nirgendwo auf der Welt ein Sozialismus à la Stamokap bei freien Wahlen eine Mehrheit gewonnen oder in Aussicht hat. Zum Ziele soll vielmehr eine ausgeklügelte Strategie führen, die antimonopolistische Strategie, hinter der das stille Eingeständnis steht, keine Mehrheit für seine eigentlichen Ziele gewinnen zu können.

Die propagierte Strategie ist durch zwei Elemente gekennzeichnet:

- Einen stufenweisen Übergang zum „Sozialismus“ bzw. zur „sozialistischen Demokratie“.
- Ein breites antimonopolistisches Bündnis zumindest in der ersten Phase des Transformationsprozesses. Indem man zunächst die Konfliktlinie Volk - Monopole und eine bloß antimonopolistische Zielsetzung herausstellt, soll beim ersten Transformationsschritt ein Bündnis mit breiten Schichten der Bourgeoisie sowie nicht-marxistischen politischen Gruppen möglich werden. Erst der zweite Schritt erfolgt dann unter der Parole der sozialistischen Demokratie bzw. des Sozialismus, wobei die zweite behauptete gesellschaftliche Bruchlinie, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nun handlungsbestimmend wird⁴¹.

Im einzelnen erweist sich bei der Strategie des großen Bündnisses zunächst dessen soziale Spannweite als Problem: Die Suche nach Bündnispartnern führt hier über Bauern und Handwerker bis zu kleineren und mittleren Unternehmern⁴². Selbst wenn es realistischerweise vielfach mehr um eine Neutralisierung dieser Schichten gehen mag, wird hier eine Zurückhaltung bei sozialen, nicht zuletzt gewerkschaftlichen Forderungen notwendig - und dieses gerade angesichts der in diesem Bereich eher ungünstigeren Lage der Arbeitnehmer.

Die politischen Grenzen des antimonopolistischen Bündnisses werden mit dem Begriff „Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte“ umrissen, was sich auch bei Jungsozialisten als Bündnis mit „allen demokratischen Kräften“ gegen die CDU/CSU widerspiegelt⁴³. Gewerkschaften und SPD sind in komplexerer Weise betroffen:

- Sie, die positiv in die Bündnisstrategie eingebaut werden sollen, gelten als gespalten, nicht genügend klassenbewußt. In der SPD wirken, abgesehen von der angeblich monopolorientierten Führung, zwei „Klassenlinien“, welche die „Umwandlung der

39 Imperialismus BRD, S. 544ff.; Herforder Thesen, S. 20 und 47.

40 So Imperialismus BRD, S. 542.

41 Imperialismus BRD, S. 544ff. und insbes. 628ff. Ohne gleich herausgearbeitete Stufen hier Hamburger Strategiepapier, S. 65 ff.

42 Herforder Thesen, S. 31.

43 Imperialismus BRD, S. 688, 567; Hamburger Strategiepapier, S. 75.

SPD in eine mehrheitlich konsequent sozialistische Partei" im Sinne der Stamokap-Theorie zu einer schwierigen, aber nicht unmöglich erscheinenden Aufgabe werden lassen⁴⁴. Bei den Gewerkschaften „behindern die in ihren Reihen, vor allem aber bei den einflußreichen Führungskräften des DGB tief verwurzelten bürgerlichen Staats- und Demokratieverfassungen die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Front derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die für die Einschränkung der Monopolmacht kämpfen, außerordentlich“⁴⁵.

- Die angestrebte politische Aktionseinheit mit der DKP und ihren Nebenorganisationen stößt auf die gleichen Schwierigkeiten, wird jedoch dort, wo Anhänger der Stamokap-Theorie Einfluß haben (vor allem in Universitäten und im Jugendbereich) immer wieder versucht und teilweise praktiziert. Gezielte Verwirrung stiftet dabei die Gleichsetzung von Zusammenarbeit im Rahmen der Einheitsgewerkschaft, von Nebeneinandersitzen in Betriebsräten oder Studentenparlamenten mit frei geschlossenen Bündnissen mit kommunistischen Organisationen.

- Da in der Sicht der Stamokap-Theorie Staat und Monopole eine Einheit bilden, interpretiert sie die Gewerkschaften „objektiv in eine konträre Stellung zum imperialistischen Staat“ und bekämpft gewerkschaftliche Kooperationen mit ihm (wie z. B. die Konzertierte Aktion) prinzipiell⁴⁶.

Trotz ihres stufenweisen Vorgehens ist die antimonopolistische Strategie nicht mit gesellschaftsverändernder oder systemüberwindender „Reformpolitik“ gleichzusetzen. Die Anhänger der Stamokap-Theorie halten eine Veränderung der Gesellschaft vielmehr nicht durch eine Summe von Reformen, sondern nur durch „einen grundlegenden Bruch“ für möglich und wenden sich gegen alle, auch linke „Reformisten“; Reformen, sofern nicht ohnehin systemstabilisierend eingestuft, wird kaum eigenständiger Wert zugemessen, sondern sollen funktional „Voraussetzungen für die Revolution erzeugen“ oder — in anderer Sprechweise — die Bedingungen für den großen Bruch verbessern⁴⁷. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß man sich auch außerparlamentarische Kampfformen, auf kommunistischer Seite unter ausdrücklicher Einbeziehung der Gewaltanwendung, vorbehält.

Alles in allem: Die antimonopolistische Strategie ermöglicht mit ihrem Stufenkonzept die Ausschaltung jeweils als konservativ erklärter Gruppen, so daß am Schluß des Transformationsprozesses sich eine Minderheit durchgesetzt haben kann; in der Tat firmiert das formal analoge, vom frühen Marx vertretene Konzept der „permanenten Revolution“ in der Literatur zu Recht als Strategie der Minderheitsrevolution⁴⁸. Im Unterschied zu ihren Bündnispartnern besitzt dabei allein die

44 Imperialismus BRD, S. 591; Herforder Thesen, S. 52; Hamburger Strategiepapier, S. 71 und 77.

45 Imperialismus BRD, S. 597; Herforder Thesen, S. 38; Hamburger Strategiepapier, S. 72.

46 Imperialismus BRD, S. 596; Hamburger Strategiepapier, S. 72/73.

47 Hamburger Strategiepapier, S. 71, 73; Herforder Thesen, S. 7, 46, 48; Imperialismus BRD, S. 618.

48 Vgl. Marx/Engels-Werke (MEW) Bd. 7, S. 244ff.; Stanley Moore, Zur Theorie politischer Taktik des Marxismus, Frankfurt a. M. 1969.

kommunistische Partei die Fähigkeit, mit langfristiger Kaderlinie nach innen und aktueller Massenlinie gegenüber der Öffentlichkeit zu operieren und ihre Partner auf diese Weise zielbewußt zu überspielen⁴⁹. Schließlich legitimiert die Lehre von den objektiven Interessen notfalls das Übergehen von Mehrheitsmeinungen. Bezeichnenderweise wird denn auch der Übergang der osteuropäischen Länder zum „realen Sozialismus“ von der kommunistischen Theorie selbst als erfolgreich angewandte Strategie dieser Art interpretiert.

Kann man der Stamokap-Theorie anhängen, ohne Konsequenzen in Richtung „realen Sozialismus“ zu ziehen? Dies ist für Teile der Theorie zu bejahen. Beispielsweise führen die beiden eingangs zuerst referierten Kernthesen der Theorie, verbunden mit einer positiven Bewertung der Rolle des demokratischen Staates, zu Rudolf Hilferdings Theorie des organisierten Kapitalismus und zur Wirtschaftsdemokratie-Konzeption des ADGB der Weimarer Zeit. Die These vom monopolorientierten Staat hingegen, auch zahlreiche Begriffe, führen logisch - ohne daß dies jedem Anhänger der Theorie bewußt sein müßte — zu einer „sozialistischen Demokratie“ mit „objektiv“ vorgegebenem Ziel. In dieser könnten - zumindest bei zentralen Fragen - nicht die Menschen in freier Auseinandersetzung über selbst erkannte Interessen entscheiden. Ein Marsch in diese Richtung widerspräche dem traditionellen Selbstverständnis der Gewerkschaften der Bundesrepublik, die als unabhängige und auf den Willen ihrer Mitglieder ausgerichtete Verbände „in der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage“ sehen - und zwar der offenen Demokratie des Grundgesetzes.

Einer Indienstnahme der Gewerkschaften durch Stamokap-Theoretiker steht darüber hinaus die reformerische Haltung der Gewerkschaften entgegen: Sie gehen, wie DGB-Grundsatzprogramm und tagtägliche Praxis zeigen, davon aus, daß schrittweiser (durchaus nicht stets kampfflos erreichbarer) Wandel bereits zu sehr beachtlichen Verbesserungen für die Arbeitnehmer geführt hat und künftig führen kann. Dies setzt nicht voraus, die rechtsstaatliche Demokratie als von selbst arbeitnehmerorientiert, sondern nur als offen und beeinflufßbar zu verstehen. Reformerische Haltung bedeutet auch nicht notwendigerweise eine geringe Reichweite der Ziele, können doch zahlreiche Einzelschritte auch ohne den großen „Bruch“ zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen führen. Eines sollte nicht übersehen werden: Radikale Gesellschaftsveränderung, umfassende Sozialisierungen anzustreben, macht nicht vorherige Übernahme der Stamokap-Theorie erforderlich und ist nicht deren Monopol.

49 Hierauf weist hin: Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap“-Gruppe bei den Jungsozialisten, in: Jungsozialisten Informationsdienst 1/1973, S. 1 ff., hier S. 11.